

Wie deutsch-polnische Europastädte zu dem Wahlergebnis stehen – „Wir haben uns immer verstanden“

Nach dem Ausgang der polnischen Parlamentswahl richten sich weltweit gespannte Blicke auf Warschau und Berlin. Die Beziehung zwischen Polen und seinem Nachbarland hat unter den antideutschen Tönen der bisherigen PiS-Partei deutlich gelitten. Dennoch haben sich polnisch-deutsche Europastädte davon weniger beeinflussen lassen – dort habe man sich weiterhin gut verstanden.

Görlitz ist eine Stadt in zwei Ländern. Auf der polnischen Seite des Flusses heißt der Ort Zgorzelec. 1998 haben sich die beiden Stadthälften gemeinsam dafür erklärt, eine Europastadt zu werden. Die Idee? Menschen sollen sich auf beiden Seiten der Neiße zuhause fühlen.

Die grenzüberschreitende Altstadtbrücke macht das alltägliche Aufeinandertreffen von einem Ideal zu einer Realität. Freiberuflicher Architekt Sandro Kühn überquert sie mindestens einmal im Monat. Entweder um an der Neiße entlangzuspazieren oder um in einem polnischen Restaurant essen zu gehen.

„Ich laufe eigentlich immer ganz selbstverständlich über die Stadtbrücke nach Zgorzelec. Ich denke da auch nicht groß darüber nach, auf welcher Grenzseite ich mich jetzt befinde“, sagt Kühn. Er ist in der Region zu Polen aufgewachsen und wohnt seit 2010 in Görlitz.

Mit der polnischen Familie, die neben ihm wohnt, kommt er gut klar. Auch zwei von seinen polnischen Kolleginnen und Kollegen zählt er zu seinem Freundeskreis. In der Innenstadt sei es außerdem vollkommen normal, Menschen zu hören, die Polnisch sprechen.

Inzwischen ist es nahezu unmöglich, die Görlitzer Gesellschaft von polnischem Einfluss zu trennen. Die Schulen bieten Polnisch als Wahlfach an, es gibt in jeder gymnasialen Stufe mindestens eine Klasse, in der bilingual unterrichtet wird und die Betriebe in der deutschen Stadthälfte sind auf polnische Hilfskräfte angewiesen. Auch in der Freizeit verbringt man Zeit zusammen – sei es beim jährlichen Altstadtfest oder bei einer Vorstellung im Görlitzer Theater mit polnischen Übertiteln.

Ungleichgewicht trotz grenzüberschreitender Einstellung

Dieser grenzüberschreitende Gedanke war jedoch nicht immer selbstverständlich. Vor dem Zweiten Weltkrieg war Görlitz eine Stadt. Dann sprengte die Wehrmacht in 1945 alle Brücken an der Neiße und aus einer Stadt wurden zwei. Erst seit 1991, als Görlitz und Zgorzelec einen Partnerschaftsvertrag unterzeichneten, fanden die Menschen allmählich wieder zueinander.

Heute gibt es immer noch ein Ungleichgewicht hinsichtlich der Anpassung an das andere Land. Rund zehn Prozent der gesamten Görlitzer Stadtbevölkerung von 57.000 besteht aus Polinnen und Polen – circa 5.000 Menschen wohnen und arbeiten dort. Doch in Zgorzelec sind es vergleichsweise nur gegen 50 Deutsche.

Das Lernen der Nachbarsprache wurde auch langfristig den polnischen Bürgerinnen und Bürgern überlassen. Laut Kühn ändert sich diese Denkweise in Görlitz allerdings: „Ich glaube, das verbessert sich langsam. Wenn die neue Generation auch weiterhin mit deutsch-polnischen Schulen aufwächst, wird es für sie vielleicht selbstverständlich, dass auch Polnisch gesprochen wird.“

Antideutsche Rhetorik spielt keine Rolle

Trotzdem verstehen sich die zwei Stadthälften mittlerweile gut und daran konnte auch die Regierung in Warschau nichts ändern. Davon ist Görlitzer Oberbürgermeister Octavian Ursu (CDU) überzeugt: „Es gibt auch Vorteile, wenn man Warschau nicht als Nachbarn hat. Viele polnisch-deutsche Familien wohnen auf beiden Seiten der Neiße und solche Beziehungen, die auf Langzeit aufgebaut worden sind, kann man nicht so schnell wieder auseinanderbringen, nur weil uns ein paar politische Aussagen entgegenstehen“, sagt er.

Auch in der Zwillingsstadt Guben/Gubin hat die vorherige Rhetorik der PiS kaum eine Rolle gespielt. „In den letzten 15 Jahren war es eigentlich egal, wer jetzt in Deutschland oder in Polen regiert“, erklärt Fred Mahro (CDU), Bürgermeister von Guben. „Wir haben uns auf der Ebene der Bürgermeister aus Guben und Gubin immer verstanden und immer versucht, für beide Stadthälften das Beste zu entscheiden.“ Er betont auch, dass das proeuropäische Sentiment in Polens Westen ständig angehalten hat.

Deutlich verschlechterte Einstellung zu Deutschland

Landesweit ist die polnisch-deutsche Kooperation jedoch noch ein abstraktes und teilweise unerwünschtes Konzept. Vor allem in Polen hat der antideutsche Ton der PiS seine Spuren hinterlassen. Das Deutsch-Polnische Barometer 2023 des Deutschen Polen-Instituts zeigt, dass Polinnen und Polen die Beziehung mit ihrem Nachbarland in den letzten Jahren immer mehr als kritisch empfunden haben.

Doch jetzt deutet das Wahlergebnis auf eine neue Ära der Besserung an. „Die Rhetorik wird sich jetzt ändern“, sagt Agnieszka Łada-Konefał, Stellvertretende Direktorin am Deutschen Polen-Institut und Co-Autorin des Barometers. „Man wird sich wieder vertrauen und bereit sein für konstruktive Zusammenarbeit.“

Gemeinsame Projekte nur mit Pro-Europa Regierung

Vor allem für die Bürgermeisterkollegen in Görlitz/Zgorzelec und Guben/Gubin ist die Bereitschaft gemeinsame Projekte zu fördern bedeutend. „Es ist uns nicht egal, wie Polen politisch tickt. Wir wollen, dass am Ende auch eine Regierung zustande kommt, die auch die europäische Kooperation als wichtig empfindet“, erklärt Ursu.

Er verweist auf aktuelle Initiativen, von denen es manche bereits gibt, während andere noch in der Planungsphase sind. Seit diesem Jahr wurde zum Beispiel eine grenzüberschreitende Busverbindung eingeführt, die es Reisenden mit einem „Europastadt-Ticket“ ermöglicht, mühelos zwischen Görlitz und Zgorzelec zu pendeln.

Auch die zwei Stadthälften sollen von derselben klimaneutral erzeugten Fernwärme versorgt werden. Bis 2030 wollen sie eine gemeinsame Infrastruktur kreieren, die mehr als 75 Tonnen CO₂ pro Jahr sparen soll.

„Das war die letzte Chance“

Das Projekt ist zwar beeindruckend, benötigt aber europäische Fördermittel von den nationalen und regionalen Regierungen. Damit voranzukommen sei schwer, wenn die in Warschau nicht von europäischer Kooperation überzeugt ist, so Mirko Schultze.

Er ist Abgeordneter der Fraktion die Linke im sächsischen Landtag und engagiert sich vor allem für Themen wie Kommunalpolitik,

Kommunal финанzen und Katastrophenschutz. Er meint, es hätte nicht mehr lange gedauert, bis das Fernwärmeprojekt abgesagt worden wäre.

„Es ist einfach zu anstrengenden, wenn wir auf regionaler Ebene immer bereit sind zusammenzuarbeiten, bekommt dann aber aus Warschau den vorsichtigen Hinweis, dass wir eh nie im Leben die gebrauchte Genehmigung bekommen“, sagt Schultze. Es wäre nur noch eine Frage der Zeit gewesen, bis sich die Investoren zurückgezogen hätten und man die Görlitz- und Zgorzelecer Energieversorgung doch einzeln angegangen wäre.

„Man hat schon gemerkt, dass sich dieser antieuropäische, antideutsche Gedanke von Kaczyński und seiner PiS Partei immer mehr über Görlitz gesenkt hat. Das war die letzte Chance, bevor das auch wirklich Schaden in der Stadt verursacht hätte“, erklärt er. Eine weitere Amtszeit der PiS hätte nicht nur die Projekte zum Stagnieren gebracht, sondern auch den intensiven Austausch der zwei Stadthälften aufs Spiel gesetzt.

Das ist jedoch nur eine Meinung: Ursu ist zugleich überzeugt, dass das grenzüberschreitende Fernwärmeprojekt durch Polens politische Lage nie gefährdet war und noch ständig auf einem konstruktiven Weg zur Vollendung ist.

Energiepolitik als weitere Meinungsverschiedenheit

Trotz der Grundlage für ein zukünftig besseres Verhältnis, gibt es jedoch einige Themen, die noch weiterhin die deutsch-polnische Zusammenarbeit auf Augenhöhe gefährden - die Migrationspolitik, der Reperationsgedanke und die Energiewende.

„Polen wird Atomkraftwerke bauen, auch wenn Deutschland das nicht möchte. Um mit dieser Meinungsverschiedenheit umzugehen, braucht man Dialog und gegenseitiges Verständnis für die Politik des Nachbarlandes“, erklärt Łada-Konefał. Während Polen die Atomkraft als Lösung der Energiewende sieht, hält Deutschland sie für zu riskant.

Der Meinung ist auch Schultze. Er steht der Atomkraft vor allem skeptisch gegenüber, da auch die Grenzregion im Falle eines Unfalls gefährdet wäre. Er hofft aber, dass die neue Regierung noch auf andere Energiequellen setzen wird: „Die Diskussion in Polen wird jetzt eine

andere sein, weil man nicht mehr ideologisch gegen erneuerbare Energien sein wird. Deswegen glaube ich ehrlicherweise noch nicht, dass jemals ein Atomkraftwerk ans Netz gehen wird. Da wird noch eine Bremse eingelegt“, sagt Schultze.

Auch die Grünen in polnisch-deutschen Europastädten beschäftigen das Klima und Polens ökologische Einstellung vor allem in Bezug auf die Oder.

„Das massive Fischsterben von August 2022 bewegt uns in der Grenzregion ganz besonders“, sagt Alexandra Schäfer, Sprecherin des Kreisverbandes Bündnis 90/Die Grünen in Frankfurt (Oder), dessen polnische Stadthälfte Ślubice heißt. Sie wünscht sich Umweltschutzmaßnahmen und Renaturierung des Flusses und blickt zugleich kritisch auf Polens Willen, die Oder als Wasserstraße zu nutzen.

Europastadt-Konzept mit gemeinsamen Stadtparlament

Schäfer ist auch gespannt, welche Rolle die polnischen Grünen in der neuen Regierung spielen werden: „Wir haben die Hoffnung, dass die polnischen Grünen oder generell das neu gewählte Bündnis auch mehr den Naturschutz im Blick hat und sich auch für die Regenerierung der Flüsse oder der Gewässer einsetzen wird.“ Sie macht sich auch Gedanken um den Schutz der Wölfe und des letzten Urwald Europas.

Schultze ist ebenfalls optimistisch und wünscht sich, dass eine neue Regierung in Warschau die Zusammenarbeit zwischen Görlitz und Zgorzelec weiterhin stärken wird. Um das ultimative Europastadt-Konzept zu verwirklichen, müsse man ein gemeinsames Stadtparlament wählen können.

Bis das möglich ist, muss sich aber noch einiges tun: „Ich hoffe, es passiert das was in ganz vielen deutsch-polnischen Familien eh schon völlig normal ist: Dass beide Stadthälften mit ihrer jeweiligen Infrastruktur völlig normale Lebensräume werden. Dann heißt es auch nicht mehr, ‚ich gehe nach Polen‘ oder ‚nach Deutschland‘... Es soll einfach völlig egal sein.“